

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

M 152 Motion Zbinden Samuel und Mit. über eine Kantonsinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus+ / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung als Postulat.
Urs Christian Schumacher beantragt Ablehnung.
Samuel Zbinden hält an seiner Motion fest.

Samuel Zbinden: Seit 2014, also seit mittlerweile über zehn Jahren, ist die Schweiz von den europäischen Austausch- und Forschungsprogrammen Erasmus und Horizon ausgeschlossen. Die Berufsbildung, die Hochschulbildung, aber auch die Jugendarbeit, die Erwachsenenbildung und sogar der Sport leiden unter der Nichtassoziiierung. Zwar gibt es für Schweizer Studierende zum Glück das Schweizer Ersatzprogramm (SEMP), das aber administrativ komplexer und für Studierende teurer ist. Zudem ist die Auswahl der Universitäten deutlich eingeschränkt. Nach langem Warten gab es Ende letzten Jahres endlich einen Durchbruch. Kurz vor Weihnachten präsentierte der Bundesrat die Verhandlungsergebnisse mit der EU und Teil dieser Verhandlungsergebnisse war, dass auch endlich wieder eine Vollassoziiierung mit Erasmus und Horizon erfolgen soll. Damit wir aber auch wirklich mitmachen können, braucht es nicht nur die Zusage der EU, sondern eben auch die Finanzierung der Programme durch den Bund. Beim Forschungsprogramm Horizon hat der Bund schon längere Zeit seine Hausaufgaben gemacht, die Finanzierungsbotschaft liegt vor, und damit kann die Schweiz wahrscheinlich schon ab 2026 wieder mitmachen. Etwas anders sieht es leider beim Austauschprogramm Erasmus aus, dort fehlt bis heute die Finanzierungsbotschaft. Solange diese nicht vorliegt, kann die Schweiz trotz Zusage der EU nicht mitmachen. Genau dort setzt meine Motion für eine Standesinitiative an. Die Standesinitiative verlangt, dass der Bund die Finanzierungsbotschaft für Erasmus endlich vorlegt. Die Standesinitiative wurde durch den Verband der Studierenden (VSS) koordiniert und unterstützt und in über zehn Kantonen gleichlautend eingereicht. Schliesslich sind die Hochschulen und damit auch das Bildungsthema geteilte Aufgabe von Bund und Kantonen. Die Kantone Basel-Landschaft, Thurgau, St. Gallen und Bern haben die Kantonsinitiative bereits mit breiter Mehrheit überwiesen. In diversen anderen Kantonen empfiehlt entweder die Regierung oder eine vorberatende Kommission die Annahme. Diese Standesinitiativen werden also auf Bundesebene kommen, denn sie wurden eingereicht. Je mehr Kantone das ebenfalls tun, desto höher wird der Druck sein und desto eher wird der Bund die Finanzierungsbotschaft vorlegen, vielleicht sogar von sich aus. Aus diesem Grund war ich doch auch ein wenig überrascht über die Stellungnahme der Regierung, denn sie geht darin

mit keinem Wort auf die diversen anderen Kantone ein, welche die Standesinitiative bereits teilweise schon seit Monaten überwiesen haben oder das wahrscheinlich bald tun werden. Meines Wissens wäre Luzern der erste Kanton, der die Standesinitiative ablehnt. Ich würdige das Engagement der Luzerner Regierung im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), aus unserer Sicht braucht es jetzt aber mehr. Bitte unterstützen Sie deshalb die Erheblicherklärung meiner Motion. Senden wir als weiterer Kanton ein klares Zeichen nach Bern, damit die Finanzierungsbotschaft nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen vorgelegt wird, damit wir endlich wieder bei Erasmus mitmachen können.

Urs Christian Schumacher: Ich möchte präzisieren, dass es um Erasmus+ geht und nicht um die anderen Programme, über die jetzt gesprochen wurde. Erasmus+ ist ein EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Für das Programm ist ein Budget von 26 Milliarden Euro veranschlagt. Schwerpunkte dieses Programms sind die soziale Inklusion, der grüne und der digitale Wandel, also Wokeismus, sowie die Förderung der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben. Ein Auslandsemester mag eine Bereicherung der persönlichen Biografie und ein spannendes Abenteuer sein, es gibt jedoch keine belastbaren Daten, die belegen, dass ein Auslandsemester zu einem besseren Studienabschluss beitragen würde. Wahrscheinlich ist das Gegenteil richtig. Im Zeitalter des Internets können Studenten alle relevanten wissenschaftlichen Informationen abrufen, womit sich eine Präsenzvorlesung im Ausland erübrigt. Wissenschaftliche Austauschprogramme sind das letzte Alibi für den EU-Rahmenvertrag, verbunden mit der Suggestion, dass die Schweiz sonst den Anschluss verpassen würde. Fakt ist, dass im internationalen Ranking unter den ersten 20 Universitäten ausser Grossbritannien und der Schweiz keine einzige europäische Universität, insbesondere der EU, vertreten ist. Mit den EU-Wissenschaftsprogrammen orientiert sich die Schweiz an den Zweit- und Drittligaspielern und bezahlt dafür teures Geld. Geld, das besser für unsere Universitäten eingesetzt würde, denn wir bilden beispielsweise immer noch viel zu wenig Ärzte im eigenen Land aus. Wenn die Schweiz sich akademisch nach oben orientieren will, so muss sie Partnerschaften mit den USA, China und Russland eingehen, dort, wo echtes Know-how bezüglich Zukunftstechnologien wie beispielsweise der Kernenergie zu holen ist. Vom stark ideologisierten und woken Umerziehungsprogramm Erasmus+ haben unsere Jungakademiker keinen Gewinn. Dass der grüne und digitale Wandel in die Deindustrialisierung, in eine Energiekrise, in gesellschaftliche Verwerfungen und in einen autoritären Überwachungsstaat führt, hat uns die deutsche Ampelpolitik anschaulich demonstriert. Über die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben – ein weiteres Ziel von Erasmus+ – muss sich die Schweizer Jugend nicht von der zentralistisch-bürokratischen EU belehren lassen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Ramona Gut-Rogger: In ihrer Stellungnahme erläutert die Regierung die Wichtigkeit des Programms Erasmus+ für die Schweiz und damit auch für den Kanton Luzern. Es wird zudem in Aussicht gestellt, dass bei einem entsprechend positiven Entscheid auf Bundesebene auch im Kanton Luzern ein entsprechendes Budget beantragt werden soll. Wir wissen inzwischen, dass der Bund das Programm Erasmus+ im Rahmen der EU-Verhandlungen eingeschlossen hat und demzufolge die Wiederassoziiierung verfolgt. Damit ist klar, dass die Schweiz wieder am Programm teilnehmen wird oder soll, und dies erst noch unabhängig von den weiteren Ergebnissen bei den Verhandlungen der Schweiz mit der EU. Aus diesem Grund erachten wir die Ablehnung der Kantonsinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz grossmehrheitlich nicht als kontraproduktiv. Bereits vor den jüngsten Erkenntnissen aus Bundesberichten wurden in mehreren Kantonen solche Kantonsinitiativen überwiesen. Für eine

Mehrheit der FDP-Fraktion stellt sich deshalb die Frage, inwiefern ausgerechnet die Luzerner Kantonsinitiative kontraproduktiv sein soll. Wenn also die Standesinitiative durch eine deutliche Mehrheit beider Basel sowie den Kantonen Thurgau, St. Gallen und Bern überwiesen wurde, soll auch der Kanton Luzern ein Zeichen setzen und damit die Wichtigkeit bekräftigen. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion grossmehrheitlich die Erheblicherklärung als Motion.

Urban Sager: Ich setze gerne gleich bei der FDP an, Ramona Gut-Rogger hat das sehr gut formuliert, damit sind wir vollumfänglich einverstanden. Wir verstehen die Argumentation der Regierung nicht, dass es kontraproduktiv ist, wenn der Kanton Luzern jetzt eine Standesinitiative einreicht. Da es diese Initiative bereits gibt, ist es vielmehr eine zusätzliche Unterstützung dieses Anliegens. Ich möchte diesbezüglich wirklich auch anmahnen, dass wir hier nicht auf dem Buckel unseren Jugendlichen irgendwelche ideologischen Parteiprogramme zum Besten geben. Die SP setzt sich für eine starke und vor allem auch international vernetzte Bildungslandschaft ein. Auch der Bildungsstandort Schweiz ist international vernetzt, das kommt uns allen seit Jahrzehnten zugute. Mobilitätsaustausch- und Kooperationsprogramme leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, gerade auch im tertiären Bereich. Selbstverständlich gibt es auch diese Evidenz, und zwar in genügendem Mass, wenn man sie denn auch als solche akzeptiert. Die interkulturelle Kommunikation und entsprechende Kompetenzen werden gefördert und Job- und Karrieremöglichkeiten sowie Sprachkenntnisse verbessert. Auch für die Bildungsinstitutionen der Schweiz sind diese Kooperationsprogramme von hohem Wert. Es geht um länderübergreifendes Lernen, die Vernetzung von Forschungsteams und natürlich auch um Innovation. Das ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz als eine kleine vernetzte Volkswirtschaft in der Mitte Europas von grosser Bedeutung. Samuel Zbinden fordert nun per Motion eine Standesinitiative. Wir unterstützen diese Forderung aus den genannten Gründen, denn nur eine Vollassoziiierung bietet der Schweiz die Möglichkeit, weiterhin an diesem sehr erfolgreichen, vernetzten Lernen in ganz Europa teilzunehmen. Ich danke Ihnen, wenn Sie der Erheblicherklärung als Motion zustimmen.

Angelina Spörri: Erasmus+ ist ein Programm der Europäischen Union zur Förderung von allgemeiner beruflicher Bildung, Jugend und Sport. Das Austauschprogramm fördert fachliche, sprachliche und soziale Kompetenzen, den Zugang zum europäischen Netzwerk und zu Kompetenzzentren, also Erfahrungen, die für die Arbeitswelt äusserst wertvoll sind. 2014 wurde die Schweiz nach einer Volksabstimmung vom Mitgliedsland zum Partnerland heruntergestuft. Zwar gibt es mit dem Ersatzprogramm SEMP eine Möglichkeit zur Teilnahme, diese ist aber umständlich, aufwendig, einschränkend und teuer. Die GLP-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung, dass die Schweiz an Erasmus+ assoziiert wird, damit die Mobilität von Studierenden und Berufslerenden gefördert werden kann und die Schweiz im Hochschul-, Bildungs- und Forschungsbereich den Anschluss nicht verliert. Seit letztem März verhandeln die Schweiz und die EU das Rahmenabkommen, welches auch eine Assoziiierung von Erasmus+ beinhaltet. Die Finanzierung der Schweizer Lösung SEMP war nur bis Ende des letzten Jahres gesichert und wurde in der Wintersession in Bundesbern behandelt. Für eine Assoziiierung von Erasmus+ reichen aber die eingesetzten Bundesmittel nicht und es braucht zusätzliche Gelder, die mittels Finanzierungsbotschaft beantragt werden müssen. Mit einer Kantonsinitiative und der Beauftragung des Parlaments, eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen, geben wir dem Förderprogramm die nötige Wichtigkeit und setzen ein klares Zeichen. Die Empfehlung der Regierung, die Motion teilweise als Postulat erheblich zu erklären, können wir nicht nachvollziehen und unterstützen den Vorstösser mit der Erheblicherklärung der Motion.

Karin Andrea Stadelmann: Wir haben es bereits gehört, die beiden Programme Erasmus+ und Horizon sind immens wichtig für den Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz, aber eben auch für den Standort Kanton Luzern. Beide Programme erfordern eine Finanzierungsbotschaft. Für ein Einzelprogramm, für Horizon, liegt eine solche Finanzierungsbotschaft vor. Die Debatte wurde letzten Herbst im nationalen Parlament wieder angestossen. Wie von Samuel Zbinden bereits ausgeführt, fehlt für Erasmus+ eine solche Finanzierungsbotschaft. Mittlerweile hat der Bundesrat aber klar signalisiert, dass er sich dieser Thematik annimmt. Die Assoziiierung an Erasmus+ ist nicht nur eine Frage der Finanzierung, sondern auch der strategischen Positionierung unseres Bildungssystems im gesamten europäischen Kontext. Die Herausforderungen sind komplex, aber sie sind lösbar. Diese Finanzierung wäre und ist auch ein Teil der auf nationaler Ebene verhandelten Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI). Am 6. November 2024 wurde ein Grundsatzentscheid getroffen, dass die Schweiz im Rahmen der Verhandlungen mit der EU wieder als Mitglied im Programm Erasmus+ aufgenommen werden soll. Das entsprechende Gesetz ist jetzt aber aktuell in den Räten auf nationaler Ebene noch hängig. Die Mitte-Fraktion hat sich intensiv mit dem Vorstoss befasst. Es ist ein richtiger Weg, eine mehrheitsfähige Lösung auf nationaler Ebene anzustreben. Der Vorschlag der Regierung, die Motion teilweise erheblich als Postulat zu überweisen, ist kein negativer Entscheid in diesem Thema. Eine kleine Anmerkung: Wir haben ja schon öfters gehört, dass eine teilweise Erheblicherklärung die nette Form der Ablehnung darstellt. So versteht die Mitte-Fraktion aber die Stellungnahme der Regierung klar nicht. Es ist ein konstruktiver Schritt in der jetzigen Debatte, um Erasmus+ und die Diskussion im Ständerat und im Nationalrat zu unterstützen. Der Regierungsrat signalisiert in seiner Stellungnahme den klaren Willen, sich für Erasmus+ zu engagieren, überlässt aber die Federführung dem Bund. Und genau dieser Vorschlag überzeugt auch die Mitte-Fraktion. Erasmus+ ist mehr als ein Austauschprogramm. Ich erlaube mir hier eine persönliche Anmerkung: Auch ich durfte einmal davon profitieren, und ich habe alles andere erlebt, als irgendwie umerzogen zu werden. Es ging wirklich darum, internationale Einblicke in Forschung und Mobilität zu erhalten. In diesem Sinn folgt die Mitte-Fraktion dem Vorschlag der Regierung und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zu.

Roman Bolliger: Vor mehr als 20 Jahren setzte ich mich zusammen mit weiteren Studierenden für eine baldige Aufnahme der Schweiz in das Erasmus-Programm der EU ein. Wir übergaben eine Petition an den damals für Aussenbeziehungen zuständigen Bundesrat Joseph Deiss. Zwischenzeitlich wurde das Anliegen aufgenommen und die Schweiz war vollwertiges Mitglied des Programms Erasmus. Es ist kaum zu glauben, dass wir jetzt, und das nun seit über zehn Jahren, wieder am gleichen Punkt stehen wie vor über 20 Jahren. Dabei sind der europaweite Austausch und die Vernetzung von Menschen, die in der Ausbildung stehen, die wichtigsten Aspekte der europäischen Integration überhaupt. Damit junge Schweizerinnen und Schweizer gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Konkurrenz aus dem Ausland haben, braucht es eine entsprechende Vernetzung mit dem Programm Erasmus. Für den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz braucht es solche Vernetzungen mit dem Programm Erasmus. Zur Vermeidung eines grossen administrativen Aufwands mit Einzellösungen braucht es eine Vernetzung mit dem Programm Erasmus. Vor allem braucht es Erasmus, um das gegenseitige Verständnis und den Respekt für andersartige Kulturen zu fördern. Geben wir jungen Menschen die Chance, die Vielfalt des europäischen Kontinents zu erleben und viele interessante Erfahrungen, Erlebnisse und Kontakte zu sammeln. Dank der vorliegenden Motion haben wir heute die Möglichkeit, ein klares Zeichen für die Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus zu setzen. Nutzen wir

diese Möglichkeit mit der Erheblicherklärung der Motion.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die grosse Mehrheit der Fraktionen geht mit der Regierung einig, dass das Programm Erasmus+ wichtig ist und es die Aktivitäten in den Bereichen Mobilität und Austausch der Weiterentwicklung der Bildung unserer Lernenden und Jugendlichen unterstützt. Nun müssen wir die uns heute vorliegende Information von derjenigen unterscheiden, die wir zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorstosses hatten und als die Regierung die Stellungnahme verabschiedet hat. Es geht insbesondere um die Frage des Instruments. In den Voten von Ramona Gut-Rogger und Urban Sager ging es um die Frage, weshalb eine Kantonsinitiative kontraproduktiv wäre. Das Thema ist adressiert, das Instrument ist bereits platziert und das Bundesparlament wird über diese Fragen beraten – eine Kantonsinitiative mehr oder weniger bringt keinen Mehrwert, aber viel Arbeit und keine neuen Einsichten oder Abstimmungen. Wird das Anliegen aber abgelehnt, wird es einerseits inhaltlich schwierig, weil Sie erklären müssen, weshalb das Parlament nicht Folge geleistet hat und die Luzerner Regierung und das Luzerner Parlament wieder eine Abstimmung verloren haben. Zudem wird auch das das Instrument verwässert. Wir sollten das Instrument der Kantonsinitiative dann und nur dann verwenden, wenn wir wirklich etwas damit erreichen können. Sie wollen zudem eine effiziente Verwaltung, und dieser Weg wäre ganz sicher ineffizient. Karin Andrea Stadelmann hat es richtig gesagt: Am 6. November 2024 hat sich diese Information noch einmal wesentlich geändert, weil der Bundesrat erklärt hat, dass er zurück zu Erasmus+ will und die Finanzierungsbotschaft vorlegt, gemeinsam mit dem Verhandlungsergebnis mit der EU. Deshalb käme eine Kantonsinitiative nun wirklich viel zu spät. Die Regierung hat erklärt, wie sie es macht, wann sie es macht und was sie macht. Also genau das, was Sie wollen. Wenn wir jetzt noch eine Kantonsinitiative hinterherschicken, werden die Damen und Herren in Bern nun wirklich den Kopf schütteln. Inhaltlich sind wir uns absolut einig, aber dieses Instrument ist das falsche. Daher beantragt die Regierung, die teilweise Erheblicherklärung als Postulat.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung als Postulat der Erheblicherklärung als Motion mit 63 zu 50 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 87 zu 26 Stimmen als Postulat teilweise erheblich.